



Nr. 348. Mittag-Ausgabe.

Fünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 29. Juli 1869.

## Deutschland.

Berlin, 28. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den nachbenannten Offizieren und Mannschaften Orden ic. verliehen, und zwar:

Den Roten Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife: Dem Obersten von Wedell, Commandeur des Ostpreußischen Infanterie-Regiments Nr. 78, dem Obersten von Tressow, Commandeur des 1. Hannoverschen Dragoner-Regiments Nr. 9;

Den Roten Adlerorden vierter Klasse: Dem Hauptmann Oldendorp vom 3. Westfälischen Infanterie-Regiment Nr. 16, dem Hauptmann von Bockmann vom Oldenburgischen Infanterie-Regiment Nr. 91, dem Rittmeister Grissel vom Oldenburgischen Dragoner-Regiment Nr. 19, dem Hauptmann Straderjan in der 10. Artillerie-Brigade;

Den Königlichen Kronenorden dritter Klasse: Dem Obersten Lehmann, Commandeur des Oldenburgischen Infanterie-Regiments Nr. 91, dem Oberst-Lieutenant Eskens vom Ostpreußischen Infanterie-Regiment Nr. 78; sowie

Das Allgemeine Ehrenzeichen: Dem Feldwebel Jäger vom Oldenburgischen Infanterie-Regiment Nr. 91, dem Wachtmeister Goetting vom Oldenburgischen Dragoner-Regiment Nr. 19 und dem Stabsstrompeter Uttermöhlen von demselben Regiment.

Se. Majestät der König hat dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates des Norddeutschen Lloyd, Kaufmann Meier zu Bremen, den Roten Adlerorden zweiter Klasse mit dem Stern; dem Kanzleirath a. D. Gaede zu Berlin, den Roten Adlerorden vierter Klasse, sowie dem Zoll-Cinnehmern a. D. Wolfs zu Darchau im Amt Neuhaus, dem Regierungsbüro a. D. Quasabart zu Aachen und dem Gemeinde-Vorsteher a. D. Aldergutsbesitzer Nöde zu Bremkhausen, im Kreise Hörster, das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen; der Postamt-Vorsteher, Ober-Post-Commissionarius Höndie in Düsseldorf, ist zum Post-Director und der Ober-Post-Commissionarius Wegner in Liegnitz zum Ober-Post-Ratzen-Kontanten ernannt worden. (St. A.)

[Der Aufenthalt des Königs in Ems] wird noch bis gegen die Mitte August dauern; dann wird Se. Majestät sich zunächst nach Wiesbaden und von da nach Homburg begeben, um dort voraussichtlich während der Wiander Quartier zu nehmen, an welchen mit der großherzoglich hessischen Division auch der Großherzog von Hessen Theil nehmen wird.

2. Berlin, 28. Juli. [Humboldtsfeier.] Der zweite Theil der am Dienstag von den Studirenden Jugend Berlins abgehaltenen Humboldtsfeier, der Fackelzug zu Ehren des großen Todten, hatte leider einen insofern nicht günstigen Verlauf, als genau in dem Augenblicke, der zur Aufstellung der Theilnehmer in dem hinter der Universität gelegenen Kastanienwäldchen bestimmt war, ein wolkenbruchähnlicher Regen niederrührte und Alle bis auf die Haut durchnässte, ehe es gelang, in dem Universitätsgebäude ein schützendes Unterkommen zu finden. Nach dreißigstündigem Harren zog sich endlich ungeachtet des immer wieder stromweise niederrassenden Regens der von mehr als 500 Fackelträgern aus Studirenden der Universität, der Bau-, Berg- u. der Gewerbeakademie gebildete, von Musikcorps begleitete und zahlreichen Chargirten zu Fuß, zu Wagen und zu Pferde mit Bannern und Fahnen geführte Zug nach dem Sterbehause Humboldt's in der Oranienburgerstraße in Bewegung, wo Studioius Müseler in das Studirzimmer des Verewigten hinaufstieg und die dort aufgestellte Büste des gesuchten Mannes mit einem Lorbeerkränze schmückte. Unzählige Menschen bildeten auf dem ganzen Wege bis zurück zum Odithofplatz, wo die Fackeln unter den Klängen des „Gaudamus igitur“ verbannt wurden, Spalier zu beiden Seiten des Zuges, der indessen nirgends zu einer recht impolanten Entwicklung gelangte, weil das Unwetter weder ein gleichmäßiges Entzünden der Fackeln, noch einen ungetrennten Abmarsch gestattet hatte. — Ohne Störung und in harmlosem Trost dagegen verließ der demnächst unter Theilnahme von wohl gegen 1000 Personen in der aufs Feindliche gesetzten städtischen Turnhalle abgeholtene Commers, dem u. A. der amerikanische Gesandte, verschiedene Professoren, Abgeordnete und Mitglieder der städtischen Behörden beimobten. Die Reihe der Gäste wurde vom Rector Cummer mit einem Trinkspruch auf den König eingeleitet, dem Studioius von Jagemann mit einem Hoch auf die Stadt Berlin erfolgte, welche durch die von ihm gelebte Pflege der Bildung und Wissenschaft sich würdig zeige, die Vaterstadt eines Humboldt zu sein. Hierauf wendete sich Studioius Müseler dankend an die Gäste und Prof. Dow antwortete mit einem Hoch auf die akademische Jugend, der in aussichtlicher Rede auch Prof. Birchow gedachte, indem er die deutsche Universität als die berusene Drägerin freien und tiefen Humboldt'schen Geistes hoch leben ließ. Prof. v. Holzendorff dagegen ließ, an die nationale Bedeutung Humboldt's anknüpfend, seine Betrachtungen anerkennend auch auf Amerika hinzuweisen, und veranlaßte dadurch den amerikanischen Gesandten Van croft zu dankender Erwiderung. Zahlreiche andere Reden und Trinksprüche verhallten unter dem Summen der angeregten Schär, die — ohne daß irgend ein Exech zu belägen gewesen wäre — theilweise bis zum hellen Morgen versammelt blieb.

Über die Lage und die Aussichten unserer Finanzen — schreibt die neueste „Prov.-Corr.“ — sind neuerdings vielfach widersprechende Gerüchte verbreitet worden; während bis vor Kurzem dem Finanzminister täglich neue Pläne zur Deckung des Deficits zugeschrieben wurden, will man jetzt dagegen wissen, daß von einem Deficit überhaupt nicht mehr die Rede sei und daß alle Finanzschwierigkeiten, wie sie dem Reichstage in einer amtlichen Denkschrift dargelegt worden, mit einem Male beseitigt seien. Wer die Verhandlungen über die Finanzfrage in den letzten Jahren mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, wird die Unmöglichkeit einer solchen Wendung der Verhältnisse ohne Weiteres erkennen. Die Berechnungen der erwähnten Denkschrift stützen sich nicht auf zufällige und willkürliche Annahmen, sondern auf ganz bestimmte und unleugbare Thatsachen, und wenn über die Höhe des Deficits eine gewisse Meinungsverschiedenheit stattfand, so wurde der Ausfall an den Staatseinnahmen doch auch nach der mäßigsten Schätzung als so beträchtlich erkannt, daß eine vollständige oder auch nur annähernd genügende Deckung derselben durch eine unerwartet günstige Wendung der Verhältnisse nicht im Bereich der Möglichkeit liegt. Die Zuversicht, die sich plötzlich geltend macht, ist wohl dadurch hervorgerufen worden, daß in einer wichtigen Beziehung die Verhältnisse allerdings eine hoffnungsvollere Gestalt gewonnen haben. Die Aussichten auf eine gute Ernte einerseits, sowie die Anzeichen eines endlichen Wiederaufblühens von Handel und Verkehr, haben die Hoffnung belebt, daß jetzt in den Staatseinnahmen wiederum eine allmäßige Steigerung eintreten und hierdurch die Höhe des früheren Ausfalls sich verringern werde. Die außerordentlichen Schwierigkeiten unserer Finanzverwaltung waren ja theilsweise allerdings durch die ungünstigen Ernten der letzten Jahre und durch den Stillstand des öffentlichen Verkehrs entstanden. Während bei den bedeutenden Zoll- und Abgaben-Erlöserungen, welche vor zwei Jahren beschlossen wurden, nicht bloß auf Ersatz von andern Steuergebieten, sondern auch auf die Fortdauer der früheren naturgemäßen Steigerung der Staatseinnahmen gerechnet war, trat gerade in jenem Augenblick ein Stocken in Handel und Verkehr und dadurch ein Rückgang in allen Staatseinnahmen ein. Bis vor Kurzem konnte eine Linderung dieser Lage nicht in Aussicht genommen werden: alle Berichte, die von Behörden, Handelskammern u. s. w. erstattet wurden, ließen einen Aufschwung des Verkehrslebens durchaus vermissen, und in den Einnahmen der Staatskassen zeigte sich noch in den ersten Monaten dieses Jahres nirgends eine Wendung zum Besseren. Erst in den letzten zwei Monaten, zunächst bei den Abschlüssen vom Monat Mai ist eine erfreuliche Besse-

rung in den öffentlichen Verhältnissen hervorgetreten, welche sich auch weiter zu bestätigen scheint. Die hierauf begründeten Hoffnungen werden erhöht durch die freudige Aussicht auf eine günstige, in vielen Theilen der Monarchie reiche Ernte von fast allen Feldfrüchten. Die demzufolge zu erwartende Hebung des allgemeinen Wohlstandes wird sich dann auch mehr und mehr wieder in der Hebung der Staatseinnahmen geltend machen. Wenn hiernach in der That die Hoffnung begründet ist, daß die finanziellen Sorgen und Schwierigkeiten, welche die Regierung und die Volksvertretung so vielfach beschäftigt haben, einigermaßen erleichtert und verringert werden dürfen, so wäre es doch leichtfertig und vermessen, dieselben als besiegt zu betrachten. Auch die glücklichste und raschste Steigerung der Erwerbs- und Steuerverhältnisse vermöchte nicht eine ausreichende Grundlage für die baldige Ausgleichung der Einnahmen und Ausgaben ohne außerordentliche Mittel zu gewähren. So sehr man sich der hoffnungsvollen Gestaltung der Verhältnisse freuen mag, so wird doch der nächste Landtag der Aufgabe nicht überhohen sein, in Gemeinschaft mit der Regierung die Mittel und Wege in Betracht zu ziehen, um unsere Finanzen unter möglichster Schonung der Steuerkraft des Volkes und unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und Bedingungen des öffentlichen Gedeihens wieder dauernd auf einen festen und sicheren Boden zu stellen.

[In Betreff der Deut'schen Depesche über den Südbund] enthält die „Augsburger Abendzeit.“ folgende Mitteilung aus München: „Das österreichische Notbuch veröffentlichte eine Instruction, welche das Reichskanzleramt in Wien unter dem 4. April d. J. — also kurz nach der Zusammenkunft des Fürsten Hohenlohe und des Herren von Barnabé in Nördlingen — an den österreichischen Gesandten in München, den Grafen Ingelheim, gerichtet hatte. Widerspricht es einerseits jedem diplomatischen Herkommen, geheime Instructionen in einem Notbuch zu veröffentlichen, so wird die Sache dadurch noch auffallender, daß gar kein Grund dazu vorhanden war, eine solche Instruction zu erlassen. Denn Fürst Hohenlohe hatte nie derartige Projekte, wie sie ihm in dem Schriftstück unterstellt werden und Graf Beust mußte jedenfalls davon unterrichtet sein, daß die Nördlinger Zusammenkunft nicht das Geringste mit den verschiedenen Südbundprojekten zu schaffen hatte; es fehlte also jeder Grund und jegliche Veranlassung derartige Behauptungen aufzustellen, wie wir sie mit Verwunderung in der mit auffallendem Eclat veröffentlichten sogenannten Depesche vom 4. April gewahr werden. Wäre das diplomatische Schriftstück mehr als eine Instruction an den Gesandten gewesen, die sich jeder Weiterleitung entzieht, so hätte — unserer Meinung nach — sicherlich die bairische Regierung Veranlassung genommen, dem Herrn Grafen Beust in seiner Unflarheit über verschiedene Dinge den nötigen Unterricht zu geben, und es wäre dann sehr fraglich geworden, ob er jetzt auch noch mit der gleichen Selbstgefälligkeit die „Depesche“ vom 4. April im Notbuch veröffentlicht hätte, da er dann jedenfalls fürchten mühte, auch die bairischer Seite gegebene Antwort veröffentlicht zu sehen. Offenbar ist auch dieses Schriftstück einzig und allein nur zu dem ausschließlichen Zweck erfunden und ins Leben gesetzt worden, um hinterher in dem Notbuch figuriren zu können und die unschädliche Form einer Instruction, die man jetzt zu einer Depesche auspauscht, wurde zu dem ausgesprochenen Zwecke gewählt, um keine Antwort erhalten zu können. Denn diese würde ja unter Umständen den Zweck der diplomatisch-schriftstellerischen Arbeit in Frage gestellt haben. Graf Beust liebt es nun einmal, als Peterfilie auf jeder Suppe zu erscheinen, und in diesem unschädlichen Vergnügen wird ihn Niemand fören wollen, wenn auch zu wünschen wäre, daß er sein Steckenpferd mit mehr Tact und ohne Belästigung Anderer reiten möchte.“

Schließlich theilen wir folgende halboffizielle Erklärung mit, welche die heute erschienene „Prov.-Corresp.“ enthält: „Der österreichische Reichskanzler Graf Beust hat so eben in der Budget-Commission der ungarischen Delegation einige Erklärungen gegeben, in welchen er die ungewöhnliche Politik Österreichs als eine Politik des Friedens nach allen Seiten hin bezeichnete, und auch in Betreff der Beziehungen zu Preußen vertheidigte, daß er stets bemüht sei, innigere Beziehungen herzustellen, dies sei aber bisher nicht gelungen, da Preußen diesen Bestrebungen nicht entgegenkomme. — Diese Neuherierung des Reichskanzlers ist in hohem Grade bestreitlich, da kein Schritt, keine Neuherierung von österreichischer Seite bekannt geworden sind, welche irgendwie auf ein Bemühen zur Herstellung innigerer Beziehungen zu Preußen hätte gedeutet werden können, wogegen wiederholt amtliche Veröffentlichungen von der österreichischen Regierung ausgegangen sind, welche mit einem derartigen Bemühen im Widerspruch zu stehen schienen. Die preußische Regierung dagegen hat sich auch solchen Kundgebungen gegenüber jeder Neuherierung enthalten, durch welche die Beziehungen zu Österreich hätten beeinträchtigt werden können. Die Erklärung des Grafen Beust ist daher keineswegs geeignet, das Verhalten und die Beziehungen der beiderseitigen Regierungen in dem richtigen Lichte erscheinen zu lassen. Einem offenen und ernsten Bemühen zu frundschaftlichen Beziehungen würde das Entgegenkommen Preußens gewiß nicht fehlen.“

[Der Professor der National-Oeconomie Geh. Rath Prof. Dr. Roscher] hat, wie die „N. Pr. 3.“ aus Leipzig erfährt, den Ruf nach Berlin nun definitiv abgelehnt.

[Der Präsident des Bundeskanzler-Amtes, Wirk. Geh. Rath Delbrück], wird, der „N. Pr. 3.“ zufolge, nach Erledigung der Arbeiten, welche zur Ausführung der im letzten Reichstage beschlossenen Gesetze, namentlich für die Gewerbe-Ordnung, noch erforderlich sind, vermutlich im Laufe des Monats August eine Erholungskreise antreten.

Kiel, 28. Juli. [Marine.] Laut eingetroffener Nachricht befand sich Sr. Majestät Schiff „Medusa“ am 5. Juni c. in Hongkong und beabsichtigte am folgenden Tage die Reise nach Yokohama fortzusetzen.

Ems, 27. Juli. [Se. Majestät der König] unterhielt sich gestern Abend in der Allee lange mit dem General-Consul in Warschau v. Reichenberg, setzte darauf die Promenade mit dem Fürsten Fürstenberg fort und wohnte dann mit den hier anwesenden Fürstlichkeiten, dem Gesölle c. der Vorstellung des Dr. S. Epstein im Kurhaus bei. — Heute Vormittag, nach der Brunnenpromenade, arbeitete der König mit dem Militär-Cabinet und empfing dann Mittags den Besuch der erlauchten Gemahlin, welche mittelst Eisenbahn von Koblenz hier eintraf, fürstlichen und hochgestellten Personen Audienz ertheilte, und um

halb 2 Uhr zu Wagen schon wieder nach Koblenz zurückfuhr. — Nach der Abfahrt hatte Se. Majestät noch eine Unterredung mit dem aus Münster eingetroffenen General v. Göben und speiste dann bei der verw. Großherzogin Alexandra. Die hohe Frau hat ihre Kur beendet, fährt morgen Vormittag 10 Uhr zunächst zu Ihrer Maj. der Königin Augusta nach Koblenz, verweilt dort bis zum Abend und folgt dann der Einladung der Königin-Wittwe nach Potsdam. Nach einem Aufenthalt von etwa 2 Tagen auf Schloß Sanssouci beabsichtigt die Frau Großherzogin die Reise nach dem Seeabtei Doberan über Ludwigslust fortzusetzen. (Post.)

Ems, 28. Juli. [Se. Majestät der König] begleitete heute Vormittag 10 Uhr die Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin nach dem Bahnhofe. Morgen Nachmittag begibt der König sich zum Diner nach Koblenz und kehrt Abends von dort zurück.

Koblenz, 28. Juli. [Die Großherzogin-Wittwe von Mecklenburg-Schwerin] traf heute von Ems hier ein und machte Ihrer Majestät der Königin auf der Durchreise den Abschiedsbesuch.

## Österreich.

Kraakau, 27. Juli. [Die Klostergeschichte.] Die Untersuchung im Kloster-Scandalprozeß wird nun bedeutend energischer geführt; der Prior des Carmelite-Klosters zu Gerna, Julian Koziubski, dem die Aufsicht über das Carmeliterinnen-Kloster zustand, wurde gestern arretiert. Das gestrige Verhör der verhafteten Nonnen dauerte vierzehn Stunden. Pater Lewowicz, einer der wichtigsten Zeugen, der als früherer Beichtvater der Carmeliterinnen die Kloster Scandale kannte, den Nonnen trotzdem die Absolution ertheilte und vor Zeugen sich hierüber aussprach, ist am Sonnabend zu Gerna gestorben. (Bereits gemeldet.) Eine Gerichts-Commission ist dahin abgegangen. (N. Fr. Pr.)

Prag, 27. Juli. Der Serbe Rajcevics wird morgen aus seiner Strafhaft entlassen und geht mittelst Escorte nach Belgrad. Auf der Teplitzer Bahn verunglückte ein Kohlenzug. Der Zugführer blieb tot, zwei Packer wurden schwer verletzt. — Der 82jährige Professor Purkinje ist hoffnungslos erkrankt. Nach Ansicht der Aerzte dürfte seine Auflösung längstens in zwei Tagen erfolgen. (Wanderer.)

Pest, 27. Juli. [Grech.] Gestern Abends excedirten die Arbeiter der ungarischen Waggonfabrik wegen Verhaftung des social-demokratischen Agenten Strobel; die Excedenten mußten durch Militär zerstreut werden. Da heute mit der Zerstörung der Waggonfabrik bedroht wurde, mußte diese mit vier oder fünf Compagnien Infanterie besetzt werden. (N. Fr. Pr.)

## Schweden.

Bern, 24. Juli. [Die Interpellation wegen der Internierung Mazzini's.] Heute hat der Bundesrat im Nationalrat auf die Interpellation, betreffend die Internierung F. Mazzini's, geantwortet. Bundesrat Knutzel suchte den betreffenden Beschuß zuerst durch die revolutionären Ereignisse in Italien von 1848 an zu rechtfertigen, deren Urheberschaft Mazzini mehr oder weniger zuzuschreiben sei. Er selbst habe offen bekannt, daß die Republikanisierung Italiens seine Lebensaufgabe sei und er alle Consequenzen dieser Aufgabe auf sich nehme. Da sei im Jahre 1864 nach dem Attentat Greco-Trabucco auf das Leben des Kaisers von Frankreich seine Ausweisung aus der Schweiz beschlossen worden. Als im Jahre 1868 Mazzini nach Lugano zurückgekehrt, sei dieser Ausweisung beschluß, da Mazzini seither in das italienische Parlament gewählt worden sei, nicht mehr auf ihn anwendbar gewesen und der Bundesrat habe auf eine betreffende Reclamation der italienischen Regierung nur seine strenge Überwachung angeordnet. Da seien in diesem Frühjahr an verschiedenen Orten Italiens Aufstände ausgebrochen, welche man allgemein mit Mazzini in Zusammenhang gebracht habe. Eine vom Bundesrat angesetzte Untersuchung habe jedoch nichts herausgestellt, was diese Anklage gerechtfertigt hätte; dagegen sei dem Bundesrat am 4. Mai von dem italienischen Gesandten das Requum einer in Italien geführten Voruntersuchung, deren Angaben dann durch ein Schreiben des Schweizer Gesandten in Florenz vom 30. Juni bestätigt worden seien, mitgetheilt worden, das in höchst glaubwürdiger Weise die Mitschuld Mazzini's dargethan habe. Der italienische Gesandte habe sich bloß auf die einfache Mitteilung dieses Actenstücks beschränkt, keinerlei Begehren gestellt, keine Reclamationen erhoben; nichtsdestoweniger habe der Bundesrat jetzt die Internirung des Agitators beschlossen, da man in solchen Fällen nicht nach Sympathien, sondern nach völkerrechtlichen Grundsätzen zu handeln habe. Die Schweiz stehe mit Italien auf bestem Fuße. Wenn sie mit der einen Hand Handels- und Freundschaftsverträge mit ihm abschließe, könne sie unmöglich mit der andern das Banner der Revolution in diesem Lande aufzspannen helfen. Schließlich ergriff noch Bundespräsident Welti das Wort, um noch die Frage Zanger's aus Zürich zu beantworten, warum Mazzini auch der Aufenthalt in den an Frankreich grenzenden Cantonen untersagt worden sei. Diese Verfügung habe man nur deshalb getroffen, weil man vorausgesehen, daß sich Mazzini in Genf niedergelassen haben würde und man dann des Enttreffens einer Reclamation seitens der französischen Regierung schon am Tage darauf gewiß gewesen sei. Der Bundesrat habe an Mazzini gehan, was er unbeschadet seiner Sympathien und seiner Pflichten für ihn habe thun können. Es sei aber leichter, sich seinen Sympathien hinzugeben, als bestimmten Pflichten nachzukommen.

## Frankreich.

Paris, 26. Juli. [Die Reformen.] Wir sind immer noch bei den Vermuthungen über die Tragweise der Reformen, welche heute in acht Tagen der Beratung des Senats zu unterbreiten sind. Bei der Abwesenheit irgend interessanter Ereignisse der inneren Politik wird dieses Thema in allen möglichen Tonarten verhandelt. Die Regierungsbücher warten nur mit dürrsten thatsächlichen Nachrichten auf; der „Constitutionnel“ versichert heute bestimmt, es sei nicht wahr, daß man der Kammer die motivirte Tagesordnung vorenthalten wolle. Er theilt ferner mit, daß die liberale Interpellation der Senatoren Sartiges und Maupas allerdings in Aussicht stehe, aber nicht für den Beginn der Session. Vielmehr wollten diese Herren abwarten, ob nicht das Reformprojekt selbst ihren Forderungen genugthue. Im Falle der Senatorenwahl nach seiner Beendigung hinter den Verhandlungen der kaiserlichen Botschaft vom 12. Juli zurückbleibt, wollten sie durch ihre Interpellation das Fehlende ergänzen. Woraus folgt, daß dieselbe noch gar nicht redigirt

